



INTERVIEW

JENS NACKE IM GESPRÄCH

Nacke: „Wir brauchen Sofortprogramm für gesicherte Unterrichtsversorgung“

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion sieht für seine Partei gute Chancen bei den Wahlen

PEINE. Der parlamentarische Geschäftsführer der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke, stellte sich im PAZ-Interview den Fragen der Redakteure Thomas Kröger und Anna Gröhl. Unter anderem will der Politiker ein verbessertes Polizeirecht in Niedersachsen durchsetzen und der Problematik des Lehrermangels entgegenwirken.

Herr Nacke, wir haben zwei Wahlen vor der Brust. Wie stehen die Chancen für die CDU? Ich glaube, dass die CDU bei beiden Wahlen eine sehr gute Ausgangsposition hat und die Chance hat, jeweils stärkste Fraktion zu werden. Was sich ergibt, hängt auch immer von den Konstellationen ab. Mit Blick auf die Landtagswahl gehe ich davon aus, dass die jetzige rot-grüne Regierungskonstellation keine Mehrheit mehr erlangen wird.

Welche Koalitionen wären Ihnen im Bund und im Land am liebsten?

Das ist eine schwierige Frage. Die Leute wählen keine Koalitionen. Wir treten auch nicht für eine Koalition an, sondern für ein gutes Stimmresultat der CDU. Mein Eindruck ist, dass es mit der FDP noch immer die größten inhaltlichen Übereinstimmungen gibt, auf Landes- und Bundesebene.

Wäre Schwarz-Grün auf Bundesebene denkbar?

Auf Landesebene sehe ich da große Differenzen. Ob diese auf Bundesebene überwunden werden können, weiß ich nicht. Das kommt auch immer drauf an, wer bei den Grünen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Und was muss sich sofort in Niedersachsen ändern? Nennen Sie bitte drei Punkte.

Ich glaube, wir brauchen ein Sofortprogramm für eine gesicherte Unterrichtsversorgung. Der Pflichtunterricht in Niedersachsen muss sichergestellt werden. Von jetzt auf gleich lässt sich die notwendige Anzahl von Lehrern nicht einstellen, von daher muss genau geprüft werden, wo der Bedarf besonders groß ist. Es ist sicherlich gut, wenn man im Rahmen eines Ganztagsangebots auch die Hausaufgabenbetreuung durch Lehrkräfte sicherstellen kann. Wenn allerdings am Vormittag der Pflichtunterricht in Mathe nicht erteilt werden kann, muss man Abstriche machen und vielleicht jemand anderen finden, der zumindest für eine Übergangszeit den Nachmittagsbereich sicherstellen kann.

Zudem wurde die Frage eines neuen Polizeirechts vernachlässigt. Rot-Grün konnte sich da nicht einig werden.

Das müssen wir angehen. Die niedersächsische Polizei muss dürfen, was die Polizei in anderen Bundesländern auch darf. Dazu brauchen wir neue gesetzliche Regelungen. Ich würde mir wünschen, dass in den ersten 100 Tagen nach der Landtagswahl ein sinnvoll novelliertes Polizeirecht auf den Weg gebracht wird. Es gibt verschiedene Maßnahmen, um den Beamten ein modernes Polizeirecht zur Verfügung zu stellen. Das betrifft zum Beispiel den Bereich der Videoüberwachung, den Bereich von Meldeauflagen oder den Bereich von Aufenthaltsverboten. Alles Maßnahmen, von denen SPD-Innenminister Pistorius selbst gesagt hat, dass er sie für wichtig hält. Die er aber nie vorgeschlagen hat, weil er sie mit den Grünen als Koalitionspartner nicht vereinbaren konnte. Und als drittes würde ich die Kapazitäten in den Landesbehörden erhöhen, damit die Planung des Verkehrs stärker vorangetrieben wird.

Wie ist Stephan Weil (SPD) als Ministerpräsident?

Meine Wahrnehmung ist, dass Stephan Weil große Schwierigkeiten hatte, in das Amt des Ministerpräsidenten hineinzufinden. Es ist doch ein erheblicher Unterschied, ob man Oberbürgermeister einer großen Stadt ist oder Ministerpräsident eines großen Flächenlandes. Der Umgang im Parlament und die Art und Weise, wie dort gearbeitet wird, war ihm fremd und ist es bis heute geblieben. Inzwischen habe ich den Eindruck, dass er auf einen sehr scharfen Wahlkampf setzt, mit harten Attacken, die über die Grenzen dessen hinausgehen, was man machen sollte. Zum Beispiel, dass man seiner Aussage nach den Rechtsstaat nicht nur gegen Terroristen, sondern auch gegen die CDU schützen müsste. Das sind Vergleiche, die ich nicht nachvollziehen kann. So etwas gehört sich nicht und auch in keinen Wahlkampf. Aber ich kann ihn verstehen – er merkt natürlich, dass es sehr eng wird für ihn.



Jens Nacke (Mitte) stellte sich im Interview den Fragen der PAZ. Rechts: Die Peiner CDU-Bundestagsabgeordnete Ingrid Pahlmann.

FOTOS: THOMAS FREIBERG

Was zeichnet Herausforderer Bernd Althusmann (CDU) aus?

Ich kenne Bernd Althusmann schon viele Jahre, auch schon aus seiner Zeit als Parlamentarier und als Minister. Ich habe ihn in dieser Zeit als einen Politiker erlebt, der stets sehr besonnen und überlegt handelt und zudem sehr verbindlich ist. Was Althusmann gesagt hat, darauf konnten sich immer

Es ist wichtig, dass Volkswagen als Unternehmen keinen Schaden nimmt.

Jens Nacke, Geschäftsführer CDU-Landtagsfraktion

alle verlassen. Ich denke, das sind hervorragende Eigenschaften für das Amt als Ministerpräsidenten. Auch privat ist er ein super Typ (lacht).

Welche politische Rolle wollen Sie zukünftig spielen?

Mein allererster Anspruch ist es, dass ich die Menschen im Ammerland wieder überzeugen kann – dass ich meine Arbeit im Landtag fortsetzen kann. Als parlamentarischer Geschäftsführer gehöre ich zur Fraktionsführung und damit zu einem inneren Zirkel um Bernd Althusmann. Ich bin auch mit Leib und Seele Parlamentarier. Ob ich diese Aufga-

be auf der Seite des Kabinetts oder in einer Funktion im Parlament wahrnehme, spielt für mich keine Rolle.

Was passiert eigentlich mit der Ex-Grünen Elke Twesten?

Elke Twesten ist Kommunalpolitikerin, und ihre kommunalpolitischen Mandate wird sie behalten. Bei der CDU sind ihr keine Posten versprochen worden. Es gab weder einen Wunsch von ihr, eine bestimmte Aufgabe übernehmen zu dürfen, noch ist ihr etwas angeboten worden. Das kann ich sicher ausschließen.

Die Peiner Autofahrer ärgern sich über den Diesel-Skandal und sind verunsichert. Was muss jetzt passieren?

Deutschland ist und bleibt ein Automobil-Land. Es ist wichtig, dass Volkswagen als Unternehmen keinen Schaden nimmt, denn davon hängen Tausende Arbeitsplätze in Niedersachsen ab. Und trotzdem muss das Unternehmen jetzt erstmal vor allem das verlorene Vertrauen zurückgewinnen. Das wird nur durch Transparenz gehen. Man darf aber die Diesel-Technologie nicht von vorne herein

verteufeln. Es wird zum Beispiel nicht sofort möglich sein, größere Lasten mit Elektromobilität zu transportieren, das braucht Zeit. Für kurze Strecken ist das Elektroauto sicher eine sinnvolle Alternative. Auf den Diesel vollkommen zu verzichten, scheint mir kurzfristig aber nicht möglich zu sein. Nur weil jetzt Schindluder betrieben wurde, sollte man nicht die ganze Technologie über Bord werfen.

Viele Peiner ärgern sich über die schweren Unfälle und Staus auf der A 2. Wie sieht die Lösung aus?

Wir brauchen die verkehrliche Weiterentwicklung auf allen Verkehrsträgern in ganz Niedersachsen. Ich bin ganz froh, dass der Bundesverkehrswegeplan Niedersachsen tatsächlich auch besonderen Bedarf zugesteht, vor allem als Knotenpunkt mitten in Europa. Das wird sich zum Beispiel auf den geplanten Neubau der A 20 oder der A 39 auswirken. Auch bei den anderen Autobahnen müssen wir schauen, wie viel Ausbau wir brauchen, damit die Verkehrslast vernünftig aufgenommen werden kann. Warum an bestimmten Autobahnstellen derart schwere Unfälle so häufig passieren wie auf der A 2, kann ich nicht erklären. Intelligente Verkehrsleitsysteme auf müssen deshalb dringend her, damit würde schon viel erreicht werden.

Es gibt in Peine undurchsichtige Tarifbereiche bei Bussen und Bahnen. Wie kann der ÖPNV verbessert werden?

Aufs ganze Land betrachtet muss es ein Ziel sein, den ÖPNV insgesamt attraktiver zu gestalten. Die Zuständigkeit sollte schon bei den Landkreisen bleiben. Man muss aber kooperieren, die Verkehrsträger müssen aufeinander abgestimmt werden. Im Zeitalter der Digitalisierung muss man an Bushaltestellen ablesen, wann der nächste Bus kommt und nicht, wann er hätte da sein sollen. Entscheidend ist, dass es vernünftige Ko-

operationsverträge gibt. Ich würde mir wünschen, dass die Tarife an die zu fahrenden Kilometer gebunden werden und nicht daran, in welche Richtung man fährt.

Viele Eltern beschwerten sich über hohe Kita-Gebühren und Lehrermangel an den Schulen. Was muss passieren?

Das dritte Kindergartenjahr hatte die CDU-geführte Landesregierung gebührenfrei freigestellt. Das zweite Jahr war seinerzeit in der Planung und ist im Rahmen der Finanzkrise den notwendigen Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen. Warum das jetzt in den viereinhalb Jahren nicht weitergeführt worden ist, weiß ich nicht. Nun ist es es als Wahlsprechen vorgesehen, deshalb gehe ich davon aus, dass die Gebührenfreiheit auch für das erste und zweite Jahr kommen wird – das ist auch nachvollziehbar.

Es ist kaum jemandem zu erklären, warum der gesamte Bildungsbereich gebührenfrei ist, und Eltern nur bei der Kita Gebühren zahlen müssen.

Und zum Thema Lehrermangel: Man muss neue Lehrkräfte anwerben, man muss auch Quereinsteiger finden, die man schnell ausbilden kann. Vielleicht muss das bedeuten, dass die Nachmittagsangebote von Arbeitsgemeinschaften in den Schulen für die nächsten zwei oder drei Jahre in der jetzigen Form nicht mehr stattfinden können, weil die Lehrer zuerst einmal den Pflichtunterricht sicherstellen müssen.

Die SPD kommt bundesweit aktuell nicht höher als 24 Prozent. Was macht Spitzenkandidat Martin Schulz falsch?

Herr Schulz grenzt sich meiner Meinung nach zu sehr von der Regierung der letzten vier Jahre ab, obwohl man in der großen Koalition in gemeinsamer Verantwortung stand. Vieles wurde gemeinsam aufgebaut, gemeinsam wurden gute Ergebnisse erzielt. Das sollte man jetzt nicht kleinreden.

Gegenfrage: Was macht Kanzlerin Angela Merkel richtig?

Was sie auszeichnet, ist ihre Gradlinigkeit, ihre klare Vorstellung, wie Dinge zu regeln sind – ihre Fähigkeit, an scheinbar unpopulären Entscheidungen festzuhalten und nicht dem Mainstream hinterherzulaufen. Ihr enormer Wissensschatz ist eine ihrer größten Stärken.

Wie muss man zukünftig mit der rechtspopulitischen AfD umgehen?

Man muss die Partei enttarnen und den Leuten klarmachen, dass sie ihre Versprechen nicht halten kann. Die AfD verspricht eine heile Welt, wie sie früher einmal war – doch man kann die Zeit nicht zurückdrehen. Sie verspricht den Leuten einfache Lösungen, die es aber nicht gibt. Sie sucht keine Lösungen, sie will sich die Welt nur schönreden.

